

Der Oberbürgermeister
Plauen, 04.03.2026

Niederschrift über die 14. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am: Mittwoch, den 04.03.2026
Sitzungsort: Sitzungszimmer 345,

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:02 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Sven Gerbeth
Herr Lars Gruber
Frau Claudia Hänsel
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Herr Tim Schuster
Herr Maik Schwarz
Frau Diana Simon

Beratendes Mitglied

Herr Fabrice Franke
Herr Wolfgang Müller
Herr Mario Schreiter
Herr Benjamin Zabel

Stellvertretendes Mitglied

Herr Thomas Salzmann	Vertretung für Herrn Jörg Schmidt
Herr Georg Schatzberg	Vertretung für Herrn Mathias Weiser

Abwesenheit:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Jörg Schmidt	entschuldigt
Herr Mathias Weiser	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Uwe Geisler	entschuldigt
------------------	--------------

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Martin Hofman	Rechnungsprüfungsamt	Öffentlicher Teil
Herr Dr. René Schreiter	FBL Sicherheit und Ordnung	Gesamte Sitzung
Herr Marcel Fröbisch	Personalrat	Gesamte Sitzung
Frau Carola Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	Gesamte Sitzung
Frau Nadja Friedländer-Schmidt	FBL Bürgerservice	TOP 3.1
Frau Nadine Läster	Pressesprecherin	TOP 4.1
Herr Lars Buchmann	Personalrat	Gesamte Sitzung
Frau Melissa Vieweg	SB Personalverwaltung	Gesamte Sitzung
Frau Nadine Pissors	Organisatorin	Gesamte Sitzung

Weitere Sitzungsteilnehmer:

Name
Frau Bodenschatz, Freie Presse

Anwesenheitsgrund
Berichterstattung, öffentl. Teil

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.01.2026
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.01.2026
- TOP 1.6 Informationen des Oberbürgermeisters

- TOP 2 Einwohnerfragestunde

- TOP 3 Information
- TOP 3.1 Auswertung Mängelmelder - 2025
INV-068/2026

- TOP 4 Beschlussfassung
- TOP 4.1 Weiterführung der Plauener Stadtnachrichten als gedruckte Ausgabe
BSV-286/2026

- TOP 5 Vorberatung
- TOP 5.1 Antrag der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 104-26 - Stellungnahme der Verwaltung

- TOP 6 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 14. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form und Frist der Ladung als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Unterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung **Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende Fraktion „Die Linke/ Bündnis 90/Die Grünen“**, und **Stadtrat Tim Schuster, AfD-Fraktion**, bestimmt.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.2 Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 14. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.01.2026

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21.01.2026 fest.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.01.2026

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen hat die unbefristete Einstellung und Eingruppierung eines Arbeitnehmers zum 01.04.2026 als Sachbearbeiter Hochwasserschutz/Wasserbau im Geschäftsbereich II, Fachbereich Städtische Bauaufgaben, Bewirtschaftung, Fachgebiet Tiefbau in der Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst bei einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Wochenstunden beschlossen

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen hat die Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit auf Probe mit anschließender Höhergruppierung eines Mitarbeiters mit Wirkung zum 01.02.2026 als Sachbearbeiter/in Vertragsmanagement im Geschäftsbereich II von der Entgeltgruppe 9a in die Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst bei einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Wochenstunden beschlossen.

1.6 Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner berichtet über den bevorstehenden europäischen Bauernmarkt, der am Wochenende stattfindet. Er ermuntert die Anwesenden, den Markt zu besuchen.

2 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

3 Information

3.1 Auswertung Mängelmelder - 2025 INV-068/2026

Frau Nadja Friedländer-Schmidt, Fachbereichsleiterin Bürgerservice, stellt die Auswertung des Mängelmelders mithilfe einer Präsentation vor. Sie hebt hervor, dass besonders die Anzahl der illegalen Müllentsorgungen gestiegen ist.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass eine Koordination erforderlich ist um die Verursacher zur Rechenschaft zu ziehen. Er ermuntert dazu, bei Beobachtung solcher Handlungen einzugreifen und die Verursacher auf die Straftat hinzuweisen.

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender BSW-Fraktion, erkundigt sich, ob bei eingehenden Lärmbeschwerden eine Häufung hinsichtlich Ort und Zeitpunkt festzustellen ist.

Frau Friedländer-Schmidt betont, dass dies regelmäßig für die Polizeibehörde dokumentiert wird.

Oberbürgermeister Steffen Zenner führt aus, dass die Verwaltung die örtlichen Gegebenheiten und die relevanten Akteure bereits kennt.

Herr Dr. René Schreiter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, ergänzt, dass es häufig vorkommt, dass Meldungen von Ruhestörungen aus Betrieben stammen, wobei die genaue Herkunft oft nicht klar definiert ist. Er betont, dass die erste Anlaufstelle bei Ruhestörung das Polizeirevier ist. Dieses entscheide dann, wer am nächsten am Ereignis dran ist und entsende entsprechend Kräfte.

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender BSW-Fraktion, fragt, ob es möglich ist, eine Zahl zu nennen, wie viel an Bußgeldern parallel angewachsen ist.

Herr Dr. Schreiter führt aus, dass es sich für die Stadtverwaltung um ein klares Draufzahlgeschäft handelt. Die Zahlen für 2025 zeigen, dass nicht alle Verfahren zum Stichtag abgeschlossen sind. Bisher seien 1500 Euro an Bußgeldern eingenommen worden, was im Vergleich wenig sei. Grundsätzlich besteht für die Verursacher die Möglichkeit, die Müllablagerungen kurzfristig selbstständig zu beseitigen, was auch einen erzieherischen Effekt hat. Einige Personen nehmen dies an, während andere lieber das Bußgeld zahlen. Er betont, dass das Bußgeld im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sein müsse. Bei der ersten Tat liege das Bußgeld formal bei 45 Euro, was die maximale zulässige Grenze sei.

Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, fragt nach, wie hoch der Prozentsatz der erappten Personen sei, die letztendlich ihr Bußgeld bezahlen.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende Fraktion „Die Linke / Bündnis90/Die Grünen“, fragt nach, ob es möglich wäre in der Einbuchtung hinter dem Grillplatz eine Mülltonne aufzustellen, um zu vermeiden, dass dieser in den angrenzenden Wald geworfen werden. Derzeit sei dort lediglich ein Schild mit der Aufschrift "Müllablagerung verboten" angebracht.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Georg Schatzberg, AfD- Fraktion, berichtet, dass er ihm auf der Rädelsstraße in Höhe des Landratsamts in den Rondells mit den Bäumen zahlreiche Zigarettenkippen aufgefallen sind. Dies sei nicht nur vereinzelt, sondern flächenmäßig der Fall, und es erwecke den Eindruck, dass der Bereich seit Monaten nicht beseitigt oder gesäubert worden ist. Er schlägt vor, ein Hinweisschild anzubringen, das darauf hinweist, dass das Wegwerfen von Zigarettenkippen eine Ordnungswidrigkeit darstellt.

Herr Dr. Schreiter merkt an, dass das Wegwerfen von Zigaretten den gleichen Sachverhalt darstellt und genauso wie illegale Müllentsorgungen geahndet werden kann.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik äußert sich zögerlich hinsichtlich der Auswirkungen von Verbotsschildern und Hinweisschildern auf das Stadtbild. Er bezweifle, dass solche Schilder die gewünschte Wirkung auf die Bevölkerung hätten.

4 Beschlussfassung

4.1 Weiterführung der Plauener Stadtnachrichten als gedruckte Ausgabe BSV-286/2026

Frau Nadine Läter, Pressesprecherin, führt mithilfe einer Präsentation zur Vorlage aus.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass in einer Umfrage 73% der Befragten angaben, die Plauener Stadtnachrichten zu lesen. Er fragt nach, wie die Bürger erfahren würden, dass die nächste Ausgabe gerade in dieser „Blick“-Ausgabe enthalten ist.

Frau Läter merkt an, dass nachgebessert worden ist, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen. Sie habe mit dem Verlag gesprochen, und ab der nächsten Ausgabe, konkret mit dem Aprilheft, würde in der „Blick“-Ausgabe eine Woche vorher darauf hingewiesen. In der aktuellen Ausgabe ist auf der Titelseite ein kleiner Hinweis vorgesehen, dass es heute eine Beilage mit den Stadtnachrichten der Stadt gebe.

Oberbürgermeister Zenner fügt hinzu, dass es von großer Bedeutung ist, eine Woche im Voraus auf die Veröffentlichung hinzuweisen, damit auch jeder Bürger die Möglichkeit hat, die Publikation zu lesen.

Herr Wolfgang Müller, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion, äußert, dass er den „Blick“ nur sehr sporadisch erhalte. Er ergänzt, dass es vielen Haushalte so geht, da keine Kontrolle durchgeführt wird, ob die Zeitschrift auch wirklich ausgeliefert wird.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender „Freie Bürgerliste“, befürwortet den Beschlussvorschlag. Er ergänzt, dass Bürger jederzeit reklamieren könnten, wenn sie die Zeitschrift nicht erhalten. Er macht nochmal auf die Umfrageergebnisse aufmerksam und bemerkt, dass die Einstellung der Veröffentlichung einen Verlust darstellen könnte, insbesondere für die ältere Bevölkerung.

Abschließend geht er auf die entstehenden Kosten ein und weist darauf hin, dass der damit verbundene Aufwand als gerechtfertigt anzusehen ist.

Stadtrat Lars Gruber, Fraktion „SPD/Initiative Plauen“, führt aus, dass das Thema in der Fraktion ausführlich diskutiert worden ist. Einige Mitglieder der Fraktion strebten eine stärkere Ausrichtung auf digitale Lösungen an. Er betont jedoch, dass die Bevölkerung der Stadt Plauen mehrheitlich in analogen Welten agiere.

Stadtrat Maik Schwarz äußert, dass bereits im Ältestenrat darüber diskutiert worden ist. Er halte die Variante, eine kleinere Auflage von 500 bis 1000 Zeitschriften zu produzieren, für sinnvoller. Diese könnten dann von den betroffenen Bürgern bei Bedarf abgerufen werden. Er betont, dass diese Lösung seiner Meinung nach vorzuziehen ist, da die Zeitschriften bei einer breiten Verteilung oft ungelesen in der Papiertonne landeten. Daher plädiere er für eine Kleinstauflage, insbesondere im Hinblick auf mögliche Kosteneinsparungen.

Frau Läser führt aus, dass bei der Veröffentlichung die Satzleistung mit dahinter steht und es jemanden geben müsste, der den kompletten Satz umsetze. Zwar gibt es im Team einen Designer, der solche Aufgaben übernehmen könnte, jedoch sei dies zeitlich anspruchsvoll. Es müsste eine Zeitungssatzsoftware angeschafft werden, was erhebliche Kosten verursacht. Sie betont, dass es wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, mit einer Kleinstauflage an die Öffentlichkeit zu gehen, da ein Verlag dies nicht mit den vorhandenen Druckmaschinen umsetzen könnte.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik führt aus, dass das aktuelle Medium nahezu das einzige sei, über das die Stadtverwaltung und die Stadträte mit den Bürgern kommunizieren könnte. Dies ist aus Gründen der gesellschaftlichen Teilhabe und demokratiepolitischen Erwägungen von großer Bedeutung und sollte nicht aufgegeben werden. Insbesondere die ältere Bevölkerung ist in ihrer Mobilität eingeschränkt und könne nicht in großer Zahl ins Rathaus kommen, um Informationen abzuholen. Eine postalische Zustellung der Informationen wäre seiner Ansicht nach noch teurer. spricht sich dafür aus, an der bewährten Regelung festzuhalten, da eine ausschließliche Online-Verbreitung wesentliche Teile der älteren Bevölkerung ausschließen würde. Er weist darauf hin, dass es noch einige Jahre dauern werde, bis auch die 80-Jährigen digital versiert sind, und bis dahin sollte man die bestehende Regelung beibehalten.

Stadtrat Georg Schatzberg spricht sich ebenfalls für eine Fortführung der bestehenden Regelung aus. Er regt an, Optimierungsvarianten zu überlegen und verweist auf die Ortsverwaltung Jößnitz, in welcher die jeweiligen Ausgaben ausliegen. Er berichtet von seinen Erfahrungen, dass während der Ferienzeiten, in denen jugendliche Schüler für die Verteilung zuständig sind, die Austragung manchmal nicht oder zu spät erfolge.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Weiterführung der gedruckten Plauener Stadtnachrichten im Zwei-Monatsrhythmus ab dem Jahr 2027, sodass die Vergabe der Leistung im Laufe des Jahres 2026 neu ausgeschrieben werden kann.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltung

Die Beschlussvorlage wird mehrheitlich beschlossen.

5 Vorberatung

5.1 Antrag der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 104-26 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Maik Schwarz stellt den Antrag zurück, um den Antrag aufgrund von Änderungswünschen und Ideen zu überarbeiten.

6 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth führt aus, dass es in der Stadt an einigen wenigen Orten, Parkautomaten gibt, bei denen man Geld einwirft und die Zeit angezeigt wird. In den meisten anderen Parkbereichen sind hingegen Automaten vorhanden, die mit Scheinen betrieben werden. Er regt an, die Verwaltung möge prüfen, ob durch die Entfernung dieser Automaten ein Einsparvolumen erzielt werden könnte. Dies könnte man auch im Rahmen seiner Haushaltskonsolidierung besprechen. Er weist darauf hin,

dass in erreichbarer Nähe meistens Parkscheinautomaten vorhanden sind, an denen man einen Parkschein ziehen kann.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Claudia Hänsel
Stadträtin

Plauen, den 10.03.2026

Plauen, den

Rebecca Reisch
Schriftführerin

Tim Schuster
Stadtrat

Hinweis: Das Protokoll, wurde mit Hilfe einer „künstlichen Intelligenz“ erstellt. Es ist ein Dokument, das automatisiert aus der Audio- oder Videodatei des jeweiligen Gremiums generiert wird. Das KI-basierte Tool kann Sprache in Text umwandeln, wichtige Punkte extrahieren und das Protokoll strukturieren. Die Überprüfung erfolgte durch den jeweiligen Protokollanten. Gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bleibt die Tonaufnahme bis zur Bestätigung der Niederschrift bestehen. Danach wird diese umgehend auch aus dem KI-Modul gelöscht.